



### Polnischer Uebergreif in Danzig

Danzig, 7. März. Die Aufregung, die die deutschen Reichstagswahlen in Polen hervorgerufen haben, hat die polnische Regierung zu einer neuen Herausforderung ausgenutzt. Der polnische Truppentransportdampfer „Wisla“ fuhr am Montag nachmittag in den Danziger Hafen ein und landete polnische Truppen, deren Stärke bis jetzt nicht festgestellt werden konnte, auf der Westerpforte, außerdem 100 Mann zivile Polizei, die als polnische Hafenspolizei bestimmt sein soll. Die Danziger Regierung verlangte vom Vertreter Polens Aufklärung, dieser gab aber nur eine ausweichende Antwort. Die Danziger Regierung erhob darauf beim Völkerbundskommissar Rosting Einspruch gegen die polnische Vertragsverletzung und ersuchte ihn, den vertraglichen Zustand auf der Westerpforte wiederherzustellen. Von polnischer Seite war Rosting bereits benachrichtigt worden; die polnische Regierung hatte dabei vorgeschützt, sie besüchtige einen deutschen Anschlag auf das polnische Munitionslager auf der Westerpforte, sie sei daher berechtigt, für die Sicherung des Lagers das Erforderliche zu veranlassen.

Der polnische Gewaltstreik ist indessen nur die Einleitung zu einem von langer Hand vorbereiteten Vorgehen. Bekanntlich hatte Polen von Anfang an das Bestreben, sich auf der Westerpforte einen militärischen Stützpunkt zu schaffen. Der Völkerbundsrat hat in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1925 diese polnischen Pläne eindeutig zurückgewiesen und erklärt, daß lediglich zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Westerpforte Polen eine militärische Wache von nicht mehr als 66 Mann, 20 Unteroffizieren und zwei Offizieren unterhalten dürfe. Der Rat hatte damals außerdem klargestellt, daß jede Vergrößerung dieser Wache auf der Westerpforte die ganze Frage grundsätzlich neu aufrollen würde. Auch die polnische Regierung hatte der Meinung beigepflichtet, daß eine Verletzung von Fall zu Fall nur mit vorheriger Genehmigung des Völkerbundskommissars möglich sein würde. Polen ist jetzt aber über alle diese Vereinbarungen hinweggegangen und hat wieder einmal nicht nur Danzig, sondern auch die Völkerbundsinstanzen vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Für die Freie Stadt Danzig ist dieser polnische Plan völlig unerträglich. Bereits vor Jahren hatte die polnische Regierung versucht, die Danziger Polizeihohheit zu durchlöchern, indem sie den Vorschlag machte, dem Völkerbundskommissar eine internationale Polizei zu unterstellen, die für Ruhe und Ordnung in Danzig, dem Zugang Polens zur See, verantwortlich sein sollte. Dieser polnische Plan, der darauf hinauslief, polnische Polizei unter falscher Flagge nach Danzig hineinzuschmuggeln, wurde von den Völkerbundsinstanzen abgelehnt. Darauf ist Polen neuerdings auf seinen alten Plan wieder zurückgekommen, indem es jetzt versucht, dem Hafenausbruch, in dem zur Hälfte Polen sitzen, polizeiliche Vollmachten zuzuschleusen, mit der Begründung, daß die Danziger Polizei nicht die Gewähr für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Danziger Hafen gebe. Die polnische Regierung hat dem Hafenausbruchpräsidenten angeboten, ihm eine Abteilung polnische Polizei zur Verfügung zu stellen. Auch gegen diesen Plan hat die Danziger Regierung vor etwa 14 Tagen Front gemacht. Wenn im Danziger Hafengebiet und in der Stadt Danzig polnische und Danziger Polizei nebeneinander tätig sein würden, so wären Zusammenstöße einfach unvermeidlich.

Es muß daher verlangt werden, daß die Genfer Instanzen allen solchen polnischen Besuchen im Interesse des Friedens sofort einen Riegel vorschieben. Leider hat der Völkerbundsrat in seiner letzten Sitzung es versäumt, die Vorschläge seines Ausschusses zur Neuregelung des Verfahrens im Fall einer bestimmten Tatsache zum Beschluß zu erheben. Diese Langmut, die der Rat den polnischen Wünschen gegenüber gezeigt hat, ist wieder einmal von polnischer Seite schlecht bezahlt worden, und der Rat steht wieder vor einer vollzogenen Tatsache, die geeignet ist, unübersehbare Folgen heraufzubeschwören, wenn es zu einem Zusammenstoß kommen sollte. Völkerbundskommissar Rosting ist bemüht, Polen zur Zurückziehung dieser Verstärkung zu veranlassen, es ist aber sehr fraglich, ob diese Bemühungen Erfolg haben werden.

#### Aufzug des Danziger Senats

Danzig, 7. März. Der Senat erließ nachstehenden Aufzug: „An die Bevölkerung der Freien Stadt Danzig! Die polnische Regierung hat einen schweren Reichsbruch gegen die Freie Stadt Danzig unternommen und ohne Genehmigung des hohen Kommissars und unter Verletzung der bestehenden Verträge auf der Westerpforte eine Truppenabteilung mit schweren Waffen gelandet. Sowohl der Senat wie der Hohe Kommissar haben sofort alle erforderlichen Schritte unternommen, um diesem schweren Rechtsbruch entgegenzutreten. Wir erwarten von der Besonnenheit der

### Tagespiegel

Namens des bayerischen Gesamtministeriums hat Dr. Heß den Landtagspräsidenten ersucht, die bereits eingeleiteten Schritte zur Neubildung der Staatsregierung beschleunigt durchzuführen.

Laut NDZ wird sich das Reich voraussichtlich, wie im Vorjahr, zunächst mit einem Nothaushalt für die Monate April, Mai und Juni behelfen, in denen dann die Ausgaben auf Grund des vorjährigen Haushalts geleistet werden. Inzwischen soll der neue Haushaltsplan ausgearbeitet werden. Ob er wie im vorigen Jahr durch Notverordnung oder durch ein vom Reichstag zu bewilligendes Ermächtigungsgesetz verabschiedet wird, ist noch nicht bestimmt.

Im Reichstag ist bis jetzt nur den Fraktionen der NSDAP und der Deutschnationalen die Benutzung ihrer Arbeitszimmer gestattet, in den übrigen Räumen und in den Presszimmern kann noch nicht gearbeitet werden.

Der Reichstag und der preussische Landtag werden wieder durch den beiderseitigen Alterspräsidenten, den 83jährigen Abgeordneten General Lohmann eröffnet werden.

Der Kniffhäuserbund erwartet in einer Erklärung, daß die Reichsregierung die alten heiligen Farben Schwarz-Weiß-Rot so schnell wie möglich herauslöse aus dem Parteikampf und sie wieder einsehe als Fahne des nationalen wehrwilligen gesamten deutschen Volks.

Vertreter der NSDAP und des Zentrums verhandelten am Dienstag in Karlsruhe wegen der Bildung einer neuen Regierung in Baden. Die Nationalsozialisten dringen auf baldige Neuwahlen für den Landtag.

Der sächsische Ministerpräsident Schick wird am Mittwoch in Berlin eine Besprechung mit Reichskanzler Hitler und Reichsinnenminister Dr. Frick haben.

Danziger Bevölkerung, daß sie wie bisher in ähnlichen Fällen unbedingte Ruhe und Ordnung in dieser ernsten Lage bewahrt und Ausschreitungen vermeidet, die lediglich geeignet wären, der gerechten Sache Danzigs Abbruch zu tun.

Der Danziger Heimatsdienst hat eine Protestklärung veröffentlicht, in der er die Aufmerksamkeit der im Völkerbund vertretenen Regierungen und der gesamten internationalen Öffentlichkeit auf das gefährliche Spiel lenkt, das Polen seit Jahr und Tag mit der Freien Stadt Danzig treibe und das vor der Anwendung äußerster Nachtmittel zur Durchführung politischer Ziele nicht mehr haltzumachen scheine.

#### Danziger Einwohnerwehr aufgerufen

Danzig, 7. März. Von der Polizeipressstelle wird mitgeteilt: Aus Anlaß des polnischen Gewaltstreiks auf der Westerpforte ist im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ein Teil der Einwohnerwehr aufgerufen worden. Die Einwohnerwehr, die den Charakter als Hilfspolizei hat, versteht mit den Beamten der Schutzpolizei den Straßendienst.

### Reichskommissar in Hessen

#### Amtsübernahme durch Dr. Müller

Darmstadt, 7. März. Der nationalsozialistische Abgeordnete Regierungsrat Dr. Müller erliefen gestern in Begleitung der Abgeordneten Dr. West und Clah bei dem bisherigen Staatspräsidenten Adelong (Soz.) und teilte ihm mit, daß er zum Reichskommissar in Hessen bestellt sei. Adelong verzögerte seinen Rücktritt, da er von der Reichsregierung noch keine Mitteilung erhalten habe. Inzwischen verheiratete Reichsinnenminister Dr. Frick telephonisch mit Dr. Müller, der nun einen zweiten Besuch bei Adelong machte, worauf sich der Uebergang der Polizeigewalt rasch und reibungslos vollzog.

In Begleitung des nationalsozialistischen Gauführers Sprenger und einiger engerer Mitarbeiter besetzte Polizeikommissar Dr. Müller unter Mitwirkung der Standarte 115, die durch auswärtige SA aus dem Odenwald und den benachbarten Bezirken verstärkt war, das Innenministerium, das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus, die Wohnung des Staatspräsidenten Adelong und des Innenministers Leuschner (Soz.) sowie das Verlagsgebäude des sozialdemokratischen „Volksfreund“. Innerhalb weniger Stunden war alles durchgeführt. Die zahlreichen Schutzpolizeibeamten im Innenministerium und in einigen anderen Gebäuden übergaben ohne Widerstand ihre Waffen der SA-Führung. Der Polizeikommissar des Reichs, Dr. Müller, hat seine Aufgabe bereits übernommen.

Die Schaumburg-lippische Landesregierung ist mit Rücksicht auf die veränderten politischen Machtverhältnisse zurückgetreten. Der Landtag wird sofort über seine Auflösung und die Neuwahlen Beschluß fassen.

Im Berliner Rathaus erschien am Dienstag mittag eine Gruppe von fünf Jungstahlhelmern und hielt auf dem hohen Turm des Rathauses die schwarz-weiß-rote Fahne.

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Dr. v. Winterfeld, hat in Schreiben an Reichskanzler Hitler und an den Reichskommissar für Preußen, Vizekanzler v. Papen ersucht, auf Grund des bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen nationalen Volkswillens, unbeschadet der noch zu treffenden formalrechtlichen Änderungen bisheriger Verfassungsbestimmungen, für den Dienstbereich im Reich und in Preußen in der Regelung der Flaggenfrage einen Zustand zu schaffen, der der Auffassung der Bevölkerungsmehrheit entspricht und der Ehrfurcht aus den geschichtlichen Werten des deutschen Volks, den Farben Schwarz-Weiß-Rot, Rechnung trägt.

Die thüringische Staatsregierung hat ein Notgesetz beschlossen, wodurch das Bestaggen der Dienstgebäude der Gemeinden zur Auftragsangelegenheit erklärt wird.

Gegen den Reichstagsbrandstifter Lübke ist die Voruntersuchung wegen Hochverrats und schwerer Brandstiftung eröffnet worden. Untersuchungsrichter ist Reichsgerichtsrat Vogt. Für diese Verbrechen kann nach dem Gesetz lebenslängliches Zuchthaus verhängt werden.

Zu Mitgliedern des Beirats für das Kraftfahrzeugwesen hat der Reichsverkehrsminister ernannt: Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, Präsident des Nationalen Deutschen Automobilclubs, und Major a. D. Hübnlein vom Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps.

Dr. Müller hat gegen Mitternacht folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung erlassen:

Der Reichsminister des Innern hat die Polizeigewalt des Volksstaats Hessen auf mich übertragen. Ich habe heute, den 6. März 1933, um 11.30 Uhr nachts, die gesamte Polizeigewalt in Hessen übernommen. Zur Durchführung meiner Aufgabe habe ich den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Best zum Sonderterritorialkommissar für das hessische Polizeiwesen mit der Befugnis, mich zu vertreten, und den Polizeioberleutnant Fendel-Salorius (bisher Führer der Bereitschafts-Polizei in Mainz) zum Führer der gesamten univormierten Polizei sowie der Gendarmerie Hessen ernannt. Zur Unterstützung der staatlichen Polizei bestelle ich gemäß noch ergehender Anordnungen Hilfspolizei, die aus den hinter der Reichsregierung stehenden Verbänden entnommen werden soll. Ich ermahne die gesamte Bevölkerung, in diesen Tagen des Uebergangs strengste Disziplin und höchste Befonnenheit zu wahren, um den Organen des Staats, bei denen ausschließlich die Ausübung der öffentlichen Gewalt liegt, ihre Aufgabe, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht zu erschweren.

Staatspräsident Adelong hat in einem Telegramm dem Reichsinnenministerium von der vollzogenen Uebergabe der Polizeigewalt an Dr. Müller Kenntnis gegeben und gleichzeitig gegen die Maßnahme Einspruch erhoben.

Das Mißverständnis bei der Unterordnung Müller-Adelong ist darauf zurückzuführen, daß Adelong, als er am Dienstag morgen von Berlin aus telephonisch angerufen wurde, nicht erreichbar und auch nicht aufzufinden war.

Vor dem Ministerium des Innern stehen Doppelposten der SA, die mit Stahlhelm und Karabinern ausgerüstet sind. Auf dem Bahnhof ist ein starker Verkehr von SA-Leuten. — Das Verlagsgebäude des sozialdemokratischen „Volksfreund“ wurde um 7 Uhr morgens geräumt.

#### Papen Ministerpräsident?

Berlin, 7. März. Nachdem durch die Wahlen vom 5. März auch in preussischen Landtag die Rechte die absolute Mehrheit erlangt hat, wird in politischen Kreisen vor allem die Frage erörtert, wer der künftige Ministerpräsident in Preußen sein werde. Eine Änderung des bisherigen Führers der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Kubewonach Hitler den preussischen Ministerpräsidenten bestimmen werde, hat zu der Annahme geführt, daß der Reichskanzler seinen Parteifreund Göring, der zur Zeit das preussische Innenministerium verwaltet, als Ministerpräsidenten vorschlagen werde. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob Göring zureichtend ist, seinen jetzigen Posten, mit dem die Verfügung über die Polizei verbunden ist, aufzugeben. Man glaubt daher, daß Reichskommissar von Papen für den Posten vorgeschlagen werde, was ohne Zweifel auch im Sinn des Reichspräsidenten gelegen wäre. Man nimmt an, daß die Frage des preussischen Ministerpräsidenten zwischen den jetzigen Mehrheitsparteien des Landtags vor seiner Wahl endgültig geklärt wird. Der neue Ministerpräsident

wird dann nach der preussischen Verfassung seine Minister selbst zu bestimmen haben, und man glaubt, daß der bekannte Rechtsanwalt Dr. Bürgel, der zur Zeit ehrenamtlich im Reichsjustizministerium tätig ist, die Leitung des preussischen Justizministeriums erhalten werde. Auf jeden Fall wird die Einheitlichkeit der Politik im Reich und in Preußen sichergestellt werden.

## Folgerungen aus der Reichstagswahl

Regierungsumbildungen in Süddeutschland — Ermächtigungsgesetz — Verhandlungen mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei

Berlin, 7. März. Von den Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird verlangt, daß nach der Reichstagswahl nun auch in den Ländern, namentlich in Süddeutschland, Regierungsumbildungen vorgenommen werden, die den neuen Verhältnissen entsprechen. Es scheint, daß diese Forderungen bei den beteiligten Ländern selbst auf keine unbedingte Ablehnung stoßen. Vor allem beschäftigen sich die bayerische und die badische Regierung sehr stark mit der neuen Lage. Man rechnet damit, daß in den nächsten Tagen endgültige Entscheidungen über die Folgerungen, die aus dem Wahlergebnis zu ziehen sind, getroffen werden.

Was die weitere Entwicklung im Reich anbetrifft, so ist das Bestreben der Regierung vor allem darauf gerichtet, für einen Zusammentritt des Reichstags in möglichst kurzer Frist zu sorgen, um so schnellstens die politischen Folgerungen aus dem Wahlausgang zu ziehen, d. h. durch ein Ermächtigungsgesetz die Möglichkeit zu bekommen, ungestört arbeiten zu können. Inwieweit es dabei zu erreichen sein wird, diesem Ermächtigungsgesetz auch einen verfassungsändernden Charakter zu geben, also es mit Zweidrittelmehrheit im Reichstag durchzubringen, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Bei der Entscheidung darüber mißt man der Haltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei eine erhebliche Rolle zu.

## Wichtige Besprechung beim Reichspräsidenten

Berlin, 7. März. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute Reichskanzler Hitler, Vizkanzler v. Papen, Reichsminister des Innern Dr. Frick, Reichswehrminister Freytag, Reichsminister des Reichsdrucks und Reichstagspräsident Göring zu einer gemeinsamen Besprechung der politischen Lage und die weiteren Absichten der Regierung.

In der Besprechung beim Reichspräsidenten wurde u. a. auch die Eröffnungssitzung des Reichstags besprochen, da aus kirchlichen Kreisen Bedenken gegen die Benützung der Potsdamer Garnisonkirche für die Sitzung erhoben worden sind.

Nachmittags fand eine Kabinettsitzung statt, in der der Tag der Einberufung des Reichstags festgesetzt und eine Reihe von Aufgaben erledigt wurde.

### Wieder Einwohnerwehren

Berlin, 7. März. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ sind jetzt im Landkreis Breslau die ersten Einwohnerwehren gebildet worden. Die Gründung dieser Selbstschutzorganisationen entspricht einer Anregung, die Reichsminister Göring gegeben hat. Die Einwohnerwehren haben die Aufgabe, die Ueberwachung des Dorfs freiwillig zu übernehmen und das Eigentum der Dorfbewohner zu schützen. Die Tätigkeit der Einwohnerwehren erfolgt ebenso wie ihre Organisation und Leitung ehrenamtlich.

### Hißung von Hakenkreuzfahnen

Berlin, 7. März. Nach den eingegangenen Meldungen wurden im Lauf des gestrigen Tags Hakenkreuz- und schwarz-weiß-rote Flaggen auf öffentlichen Gebäuden in zahlreichen weiteren Städten, darunter Recklinghausen, Borsheim, Bruchsal, Heidelberg, Schwetzingen, Oppeln und Moers gehißt. In Moers hatte das Einheitspreisgeschäft VW geschlossen.

In Münster (Westf.) widersetzte sich der Oberbürgermeister der Hisung der Fahnen. Der Kreisleiter der NSDAP, Michels, teilte der vor dem Rathaus angesammelten riesigen Menschenmenge mit, daß die Rathausschlüssel mit Gewalt vom Oberbürgermeister hätten herausgeholt werden müssen. Unter dem stürmischen Jubel der Bevölkerung wurden dann auf dem Rathaus die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Fahne aufgezogen.

## Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:  
Drei Quellen-Verlag, Königsbrunn (Sa.)

16. Fortsetzung

Rachdunst verboten.

Also stieg der junge Lehrer wieder in seine Bergmannskluft und hatte, als er zur ersten Schicht antrat, nur den einen bitteren Gedanken: Von allem, was ich in den schweren Jahren gelernt habe, kann ich tatsächlich nur das bewerten, womit ich seinerzeit die Ferien ausgefüllt habe!

Man hatte ihn etwas mißtrauisch angesehen, als er sich bei der Grubenverwaltung meldete, und ihn nur unter Vorbehalt eingestellt. Denn man glaubte an eine Laune und konnte sich nicht denken, daß ihn die Not zwang. Obwohl er durch Vorlage seines Arbeitsbuches bewies, daß ihm die Arbeit unter Tage nicht fremd war, wollte man doch erst sehen, ob er sie zufriedenstellend leisten konnte.

Jetzt war er auf einem „richtigen Bött“, in den man mit dem Förderkorb einfuhr und der sich unter der Erde über ein riesiges Gebiet erstreckte.

Als der Förderkorb in der vierten Sohle anhielt und Bredenkamp mit den Bergleuten herauskroch, sah er eine große Bahnanlage, deren Schienengewirr in hellem elektrischem Licht funkelte.

Sie stiegen in eine bereits bestehende Wagenreihe und wurden von einer Prekluftlokomotive zum Flöz „Dückeban“ gefahren, in dem Bredenkamp arbeiten sollte.

Dort traf er eine ganze Reihe Schlepper, die ihn sofort in ihre Mitte nahmen.

„Hallo, ein Neuer! Wo kommst denn du her?“

Die Kreisleitung ersuchte den preussischen Innenminister Göring telegraphisch, den Oberbürgermeister zu beurlauben und in Münster einen Staatskommissar einzusetzen.

### Bewachung des Hauptpostamts Karlsruhe durch SA.

Karlsruhe, 7. März. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat an die zuständige Stelle der SA, das Ersuchen gerichtet, das Gebäude des hiesigen Hauptpostamts während der Nacht zum Schutze der Hakenkreuz- und Stahlhelmflagge Schwarz-Weiß-Rot durch eine Abteilung SA zu bewachen. Dem Ersuchen wurde stattgegeben.

Im Gebäude der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volksfreund“ und im sozialdemokratischen Volkshaus wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die jedoch ergebnislos verliefen. Aus Gründen der Sicherheit wurden die beiden Gebäude vorübergehend polizeilich geschlossen. Der „Volksfreund“ konnte noch am Vormittag seinen Betrieb wieder aufnehmen.

### Drei Kommunisten unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet

Kassel, 7. März. Durch den bereits gemeldeten Brand in der Domäne Wellingerode sind die umfangreichen Wirtschaftsgüter mit Inhalt eingäschert worden. Das Vieh konnte gerettet werden, 3 Kommunisten aus Sontra, die kurz vor Ausbruch des Feuers in der Domäne anwesend waren, sind als vermutliche Brandstifter verhaftet worden.

### Feuerüberfall in Altona

Hamburg, 7. März. Gestern Abend wurde in Altona ein SA-Fackelzug aus Häusern beschossen. Eine Person wurde getötet, 18 andere verwundet, darunter vier Polizeibeamte. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

### Der umstrittene Wechselpruch

Weimar, 7. März. Volksbildungsminister Wädiker hatte vor einiger Zeit für die thüringischen Schulen einen Wechselpruch gegen den Versailler Diktat eingeführt, das in regelmäßigen Zeitabständen in den Klassen gesprochen werden soll. Der Vorstand des Lehrervereins erhob gegen die Anordnung einen äußerst scharfen Einspruch und veranlaßte eine Abstimmung der Lehrer über den Erlaß. Die Stimmen mußten bis 4. März bei einem Notar in Weimar abgegeben sein. Der Minister hat nun aber am gleichen Tage alle abgegebenen Stimmen bei dem Notar durch die Polizei beschlagnahmt lassen.

## Die Krankenscheingebühr

Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. März beträgt die Krankenscheingebühr allgemein mit Wirkung vom 2. März 1933 an 25 Pfg. Für denselben Versicherungsfall wird die Gebühr nur einmal erhoben. Für die Höhe der Gebühr wird im Zweifelsfall der Tag der Lösung des Krankenscheins maßgebend sein.

Von der Verpflichtung, die Gebühr zu entrichten, sind in Zukunft (ab 2. März 1933) befreit:

1. Arbeitslose Versicherte, die Haupt- oder Krifenunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, sowie im Gebiet der Familienhilfe auch deren unterhaltsberechtigten Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder dieser Versicherten.
2. Arbeitslose Versicherte, die als Ausgesessene (aus der Arbeitslosenversicherung) Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten, sowie deren Ehegatten und die Kinder wie in Ziffer 1.
3. Versicherte, die Invalidenrente, Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung, als Schwerverletzte (50 Proz. und mehr) Rente aus der Unfallversicherung (Unfallrente) oder nach der Reichsversorgung (Kriegsdienstbeschädigte usw.) beziehen, sowie deren Ehegatten und Kinder (wie in Ziffer 1).
4. Tuberkulöse und geschlechtskrank Versicherte, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine Bescheinigung über ihre Bedürftigkeit beibringen, sowie deren Ehegatten und deren Kinder (wie in Ziffer 1).

Sowohl der Ehegatte eines Versicherten selbst Kassenmitglied ist, tritt die Befreiung von der Gebührenspllicht dann ein, wenn eine der in Ziffer 1—4 genannten Voraussetzungen in seiner Person erfüllt ist. Die Ermäßigung der Krankenscheingebühr kommt auch den „zugeordneten“ Versorgungsrentnern (das sind Kriegsdienst- usw. Beschädigte, die nicht Mitglied einer reichsgerichtlichen Krankenkasse sind) zustatten. Die Zugeordneten sind von der Krankenscheingebühr nur dann befreit, wenn sie als Schwerbeschädigte Zusatzrente beziehen (wie bisher).

## Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparlos im Verbrauch. Tube 50 Pf., und 10 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür nach.

## Die Lage auf der Abrüstungskonferenz

„Unsere Geduld ist erschöpft!“

Berlin, 7. März. Die englische Anregung zu einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten oder Außenminister der fünf Großmächte in Genf geht auf den englischen Ministerpräsidenten MacDonald zurück, der in seiner Unzufriedenheit mit dem Stock der Verhandlungen den Versuch unternimmt, die Arbeit der Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu bringen. Die Entscheidung darüber, wer von deutscher Seite zu einer solchen Zusammenkunft gehen wird, ist noch nicht getroffen, keinesfalls wird der Reichsminister von Genf fahren. Für Deutschland steht die Tatsache im Vordergrund, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Genf durchaus nicht mit unseren Wünschen übereinstimmt. In den verantwortlichen Kreisen in Deutschland ist man schon lange mit dieser Entwicklung unzufrieden. Der durch die (überreife) Wiederbeteiligung Deutschlands an den Verhandlungen erwartete Anstoß im vergangenen Herbst ist ausgeblieben.

Offenbar hat diese Unzufriedenheit jetzt auch in England Platz gegriffen und zu der Anregung MacDonald geführt. Bis jetzt liegen aber weder von Italien noch von Frankreich Zusagen vor und es erscheint zweifelhaft, ob Mussolini an einer derartigen Besprechung teilnehmen wird. Wenn es also dann vor allem lediglich zu einer englisch-französischen Aussprache kommen würde, so wird sich England hoffentlich davor hüten, sich auf faule Kompromisse einzulassen.

Man darf nicht vergessen, daß Deutschland in der Abrüstungsfrage den anderen gegenüber als Gläubiger da steht und die anderen als Abrüstungsschuldner erst einmal lagern sollen, wie sie zur Abrüstung beitragen wollen. Der verschiedentlich in diesen Tagen erörterte Vorschlag einer fünfjährigen oder noch längeren Rüstungspause kommt für Deutschland überhaupt nicht in Frage, nachdem man uns zwölf Jahre hat warten lassen. Der deutsche Standpunkt ist von dem Reichsaussenminister Freiherr von Neurath in seinem kürzlich veröffentlichten Artikel ganz klar zum Ausdruck gebracht: „Unsere Geduld ist erschöpft.“

## Württemberg

### NSDAP. fordert den Rücktritt der württembergischen Regierung

Stuttgart, 7. März. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Montag Abend nach vorausgegangenem Propagandamarsch der SA und SS, der Hitlerjugend und der Amtswalter durch das nördliche Höhenviertel auf dem Marktplatz eine Kundgebung gegen die württ. Regierung und besonders gegen den Staatspräsidenten Dr. Volk. Sprechere riefen: Volk muß weg! Es ist ausgebotzt! Immer wieder wurden Zurufe laut, daß die württembergische Regierung abtreten solle. Der württ. Gauleiter Murr hielt eine Ansprache. Jetzt müsse nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern, besonders im Süden des Reichs, Ordnung geschaffen werden. Niemals mehr kommt die Zeit, wo man an eine Mainlinie denken kann. Die Herren, die sich anmachen, jetzt noch Württemberg zu regieren, verteidigen ihre Stellung mit den verweifeltesten Mitteln. Sie sagen, die Selbständigkeit des Landes sei bedroht. In Wirklichkeit ist aber nur ihre eigene Selbstherrlichkeit in Gefahr. In den letzten 14 Jahren hat der Geist von Buttenhausen, dessen Motto ist: „Ich bin der erste Bediener meines Staats“, Deutschland regiert; jetzt aber muß wieder der Geist von Potsdam herrschen, dessen Losung ist: „Ich bin der erste Diener meines Staats“. Unsere Geduld ist zu Ende. Wir richten, so betonte Gauleiter Murr unter stürmischem Beifall, an die württ. Regierung die Aufforderung, daß sie sofort zurücktrete und die Bahn für eine andere Regierung freimache, die Seite an Seite bei Adolf Hitler steht. Stuttgart ist nationalsozialistisch, Württemberg ist nationalsozialistisch, nun muß auch die württembergische Regierung nationalsozialistisch werden.

## Nationale Revolution in Württemberg

Hakenkreuzfahne auf Landtag und Rathaus

Stuttgart, 7. März. Auf Veranlassung des Landtagspräsidenten Mergenthaler wurde heute nachmittags 5 Uhr auf dem Landtagsgebäude die Hakenkreuzfahne, die Flagge Schwarz-Weiß-Rot und die württembergischen Landesfar-

„Zuletzt war ich auf Rödterskottenbant“, antwortete Bredenkamp.

„Na, na, das muß aber schon ein Ende her sein, die ist doch schon lange pleite.“

„Ja, ist es auch. Aber ich glaub doch, daß ich noch einen Wagen auf der Kranzplatte herumschmeiß!“

„Siehst ja nicht grad danach aus, Dich hat man wohl auf dem Bau so ein kleines halbes Jährchen gesund gepflegt, was?“

Bredenkamp kannte diesen Ton noch. Ja, hier unten wurde niemand mit weißen Handschuhen angefaßt, und wenn man nicht genau so grob war wie die anderen, dann hatte man bald die ganze Meute gegen sich.

Er hielt dem Vorwärtigen sofort die geballte Faust vor die Nase und sagte mit unzweideutigem Ernst: „Willst du mal an dieser Knospe riechen!“

Damit hatte er die Aufnahmeprüfung bestanden. Die Schlepper anerkannten ihn unter schallendem Gelächter als echten Kumpel und unterwiesen ihn in seiner Arbeit.

Er hatte die Wagen, die von den einzelnen Oertern herangeschleppt wurden, zu notieren und sie dann zur nächsten Sammelstelle zu fahren, von wo aus eine Lokomotive sie weiterbeförderte.

Das war in der ersten Stunde leicht. Als aber der Betrieb allmählich in seinen rechten Gang kam, mußte sich Bredenkamp sehr eifrig dabeihalten, um die Wagen, die von allen Seiten her kamen, rasch genug abzutransportieren.

„Ach, da ist ja unser Lehrer!“ begrüßte ihn der Steiger.

„Na, wie geht denn die Arbeit von der Hand?“

„Danke“, lachte Bredenkamp, „einschlafen kann man dabei nicht.“

„Ja, das ist was anderes, als kleine Jungens über die Bant legen!“

Der Steiger sah ihm ein paar Minuten zu. Der neue Schlepper hantierte mit den schweren Kohlenwagen, als hätte er nie etwas anderes gemacht.

„He, Lehrer!“ rief ihm dann der Steiger an. „Bei uns im Dorf heißt es, der Schulze kann alles, aber der Lehrer kann alles besser. Ich glaub, die Bauern haben recht. Das geht bei Ihnen ja wie der Deibel!“

Seitdem hieß Bredenkamp im Schacht „der Lehrer“. Dieser Spitzname setzte sich besonders fest, als nach ein paar Tagen durchsickerte, daß er wirklich stellenloser Lehrer war.

So gern ihn die Kumpels damit neckten, so sehr hatten sie auch Hochachtung vor ihm, daß er sich nicht scheute, sich ihnen gleichzustellen und die Bergarbeit ihm nicht zu gering ersahen.

Auch der Steiger hatte seine Freude an ihm und stellte ihn bald an einen ruhigeren Platz. Nun mußte er die Förderhölper bedienen, eine Prekluftmaschine, die beladene kleine Holztedel eine bergige Strecke hinaufzog. Kamen die Wagen oben auf dem „Brennsberg“ an, dann mußte ihr Inhalt in untenstehende größere Wagen gekippt werden.

Hier hatte er es besser. Wenn der Steiger vorüberkam, blieb er meist ein wenig bei dem „Lehrer“ stehen und plauderte mit ihm.

Einmal kam er sehr eilig und rief schon von weitem: in welche zoologische Ordnung der Grubenhund gehört.“

Bredenkamp lachte und gab zurück: „Das weiß ich wirklich nicht, da muß ich erst mal im Brehm nachschlagen!“

Tag für Tag wanderte Heinrich Bredenkamp, die Kaffeekanne auf dem Rücken, zur Zeche.

(Fortsetzung folgt).

ben Schwarz-Rot geht. Kurz vor 5 Uhr marschierten aus allen Richtungen die Formationen der SA., SS. und des Stahlhelms vor dem Landtagsgebäude auf, wo sich bereits eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden hatte. Im ersten Stock des Landtagsgebäudes hatten sich Landtagspräsident Mergenthaler, SA.-Gruppenführer v. Jagow, Stahlhelmführer Major a. D. Colshorn, der Landesgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Hauptmann a. D. Wiest, Gauleiter Murr sowie zahlreiche Landtagsabgeordnete der Rechten eingefunden.

Während die Musikkapellen das Deutschlandlied spielten, das von den Anwesenden mitgegeben wurde, wurden unter stürmischen Hoch- und Heilrufen die Flaggen am Mast hochgezogen. Landtagspräsident Mergenthaler hielt eine kurze Ansprache, die durch Lautsprecher übertragen wurde, in der er ausführte, daß jetzt der Novemberertrag ein Ende habe. Die Hissung der Hakenkreuzfahne am Landtag ist die Quittung für die Hissung des roten Fehens im November 1918. Heute ist, so betonte Präsident Mergenthaler unter stürmischen Beifallsrufen, auch in Württemberg die nationale Revolution ausgebrochen. Der Sieg vom 5. März ist die Antwort auf die Reden des Staatspräsidenten Dr. Brüning und seine Schmähung des Geistes von Potsdam. Wir fordern den Staatspräsidenten Dr. Brüning auf, unverzüglich abzutreten und einer nationalen Regierung in Württemberg Platz zu machen. Wir richten an ihn die letzte Mahnung, sein Amt niederzulegen, oder die Reichsregierung wird ein anderes Wort mit ihm sprechen. Präsident Mergenthaler schloß seine Ansprache mit einem „Sieg Heil“ auf das deutsche Vaterland und das Heimland Württemberg, auf Hindenburg und Adolf Hitler.

Anschließend zogen die Nationalsozialisten zum Rathaus, wo in Abwesenheit des Oberbürgermeisters Dr. Lautenschlager ebenfalls die Hakenkreuzfahne am Mast aufgezogen wurde. Dasselbe geschah nachher auf dem Gebäude des Deutschen Auslandsinstituts und des Südd. Rundfunks. Die Kundgebungen dauern fort. — Im Landtagsgebäude hält ein SS.-Sturm in Stärke von 80 Mann Wache.

Auf dem Bahnhofsplatz, auf der Villa Reichenstein (Staatsministerium), den Ministerien und auf anderen öffentlichen Gebäuden wehen die Hakenkreuz- und schwarz-weiß-rote Fahne. Das Gewerkschaftshaus wurde ausgeräumt.

Das Innenministerium, das von der Flaggenhissung Kenntnis hatte, hat keinen Einspruch erhoben. Die Polizei sorgte, daß Zwischenfälle sich nicht ereigneten.

Die Führer verhandelten mit Dr. Brüning, der zustimmte, daß die Fahnen 24 Stunden gehißt bleiben, nur die auf dem Staatsministerium wurde noch am Abend eingeholt. Die Regierung hält am Mittwoch eine Sitzung ab, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Für die Neuordnung wird die Weisung, Regierung kein Hindernis bilden, doch kann sie nicht zurücktreten, da sie nur eine geschäftsführende ist. Das weitere liegt bei Landtagspräsident Mergenthaler, der dafür zu sorgen hat, daß der Landtag alsbald zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten zusammentritt. Das Nächste dürfte wohl die Auflösung des Landtags sein.

#### Stuttgart, 7. März.

**Auftritt des Militärattachés Ruff.** Der zum Militärattaché bei den deutschen Gesandtschaften Wien, Bern und Sofia mit dem Sitz in Wien ernannte Generalleutnant a. D. Ruff in Stuttgart wird sein Amt am 1. April antreten.

**Ministerpräsident Braun hat gewählt.** Der frühere preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat am letzten Sonntag seiner Wahlpflicht in Konstanz, Stimmbezirk 5 (Handelschule) genügt.

**Beseitigung der Schlachtsteuer?** Der Reichsernährungsminister Dr. Brüning prüft, wie die Fleischer-Zeitungs-Zeitung berichtet, alle Möglichkeiten, durch einen Abbau der Schlachtsteuer, Senkung der Umfasssteuer und Ermäßigung der Schlacht- und Viehhofgebühren die Fleischwirtschaft zu entlasten. Hinsichtlich des Abbaus der Schlachtsteuer und der Umfasssteuer sei mit dem Reichsfinanzminister Fehling genommen worden, der jedoch auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet habe, weil vor Aufstellung des Etats kein klares Bild über die Finanzlage des Reichs und damit über die Deckungsmöglichkeiten bei einem eventuellen Abbau der Steuern gewonnen werden könne. Die Aktion zur Senkung der Vieh- und Schlachthofgebühren sei zur Zeit soweit gediehen, daß bereits in Kürze von der Regierung geeignete Maßnahmen auf diesem Gebiet bekannt gegeben werden können.

**Sicherung des Landtagsgebäudes.** Landtagspräsident Mergenthaler hat gestern folgende neue Verordnung erlassen: Ziffer 4 der Verordnung zur Sicherung der Landtagsgebäude vom 2. März 1933 erhält folgende Fassung: „4. Vorstehende Anordnungen gelten bis auf weiteres.“ Ursprünglich war die Verordnung auf 7. März befristet.

**Aufforstung von Gemeindeforsten.** Nach einer Bekanntmachung der Körperchaftsforstdirektion werden Gemeinden, die Wald oder aufforstungswürdiges Dehland besitzen, darauf aufmerksam gemacht, daß sie Waldarbeiten, insbesondere Kulturen und erstmalige Aufforstungen, im Frühjahr 1933 auf besonders billige Weise ausführen können, da die Preise für Forstpflanzen auch dieses Jahr nur einen Bruchteil der früheren Preise betragen. Soweit voll entlohnte Arbeitskräfte aus Mangel an Mitteln nicht eingesetzt werden können, können zu den einschlägigen Arbeiten Arbeitslosen- oder Krisenunterstützungsempfänger als Pflichtarbeiter oder, bei größerem Arbeitsumfang, im Weg des Freiwilligen Arbeitsdienstes oder Wohlfahrtsarbeiter herangezogen werden. Gemeinden, die beabsichtigen, Dehland aufzuforsten, wollen sich an das zuständige Forstamt wenden.

**Die Reichswehr fördert die Verwendung deutschen Holzes.** Bei der Vergebung von größeren Lieferungen, bei denen es sich um die Verwendung und Verarbeitung von Holz handelt, hat das Wehrkreisverwaltungsamt im Benehmen mit dem Waldbesitzerverband und Forstwirtschaftsrat die ausschließliche Verwendung deutschen Holzes den Lieferfirmen nunmehr zur verbindlichen Verpflichtung gemacht.

**Botnang bekommt eine katholische Kirche und ein Männerkloster.** In dieser Woche findet in den Neckarvororten die Nachmission der katholischen Kirchengemeinden statt. Vater Untergerer vom Redemptoristenorden ist zur Zeit in Botnang, wo am 13. Februar der erste Spatenstich für eine Kirche an der Baisinger Straße getan wurde. Kirche und Kloster, die den Namen des hl. Klemens erhalten, sollen nach den Angaben der Baufirmen bis September d. J. fertiggestellt werden. Von dem Orden wurden 50 000 M. von der 600 Seelen zählenden Gemeinde Botnang seit der Inflation 17 000 M. aufgebracht. Diese Summe sichert die

Kosten für den Rohbau der Kirche. Für die Innenausstattung müssen die Mittel noch aufgebracht werden. Der Architekt ist Regierungsbaumeister Schlösser.

**Krankheitsstatistik.** In der 8. Jahreswoche vom 19. bis 25. Februar 1933 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 51 (tödlich 2), Kindbettfieber 4 (—), Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose 15 (22), Scharlach 56 (—), Paratyphus 1 (—), Spinale Kinderlähmung 1 (—).

**Verbot des „Nedar-Echos“ in Heilbronn.** Das „Nedar-Echo“ in Heilbronn ist wegen eines Artikels in seiner Nr. 53 vom 4. März 1933, der in aufreizender Weise die nationalsozialistische Jugendverziehung angegriffen hat, bis zum 17. März 1933 einschließlich verboten worden.

**Aus Verzweiflung zum Brandstifter geworden.** Unter dem seelischen Druck der bevorstehenden Zwangsversteigerung seines Anwesens zündete der 36 J. a. verh. Bäcker und Wirt Karl Waagner in der Nacht auf 30. Januar sein Wirtschafts- und Bäckereianwesen an, da er nicht mehr ein- noch aus wußte. Er stand jetzt vor dem Schwurgericht Stuttgart, wo er zur Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt wurde.

**Auf frischer Tat ertappt.** Vehlen Samstag haben zwei gut gekleidete Männer in einem Stuttgarter Warenhaus um Verleugung einiger moderner Krawatten. In einem unbeobachteten Augenblick ließ laut „Canstatter Zeitung“ einer von ihnen ein Bündel Krawatten vom Ladentisch verschwinden und steckte sie seinem hinter ihm stehenden Komplizen zu. Während der Dieb sich zum Kauf einer Krawatte entschloß, strebte sein Begleiter bereits dem Ausgang zu, wo er aber von einem älteren Mann, der den ganzen Vorfall beobachtet und inzwischen einen Schuhmann herbeigeholt hatte, festgenommen wurde. Sein Komplize wurde kurz darauf ebenfalls verhaftet.

**Vom Tage.** In der Hahnstraße kam am 6. März abends eine 20 J. a. Radfahrerin zu Fall. Sie brach beide Unterarme und mußte in das Marienhospital übergeführt werden.

### Aus dem Lande

**Ehlingen, 7. März.** Durchsuchung auf Waffen. — Verbotener Kulturabend. Die Polizeidirektion hat am Samstag das Anwesen des Waldheimvereins Ehlingen einschließlich der auf Markung Berthelm gelegenen Schießanlage einer erneuten eingehenden Durchsuchung auf Waffen unterzogen. Dabei wurden auf dem Gelände des Waldheimvereins einige kleine Handfeuerwaffen vorgefunden. Die Sportwaffen der Schützenabteilung des Arbeiter-Turnvereins dagegen waren schon vor einiger Zeit aus dem Schützenheim entfernt worden. Zwei der verantwortlichen Vereinsfunktionäre wurden in Schußhaft genommen. Am Sonntag vormittag waren die in Wohnungen und auf Grundstücken einzelner Mitglieder versteckt gehaltenen Sportwaffen restlos beigebracht. Das Schützenheim ist polizeilich geschlossen worden. — Der vom hiesigen Sport- und Jagdverein für Samstag, 11. März 1933, in Kugelsaal vorgesehene Kulturabend ist von der Polizeidirektion untersagt worden.

**Heilbronn, 7. März.** Die nat.-soz. Rathausfraktion beantragt Ausschluß der Kommunisten. In der gestrigen Sitzung der Verwaltungsabteilung des Gemeinderats brachte Stadtrat Gütlich namens der Rathausfraktion der NSDAP. folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „1. Die kommunistische Rathausgruppe wird mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres von sämtlichen Beratungen des Gemeinderats, der Abteilungen und Kommissionen ausgeschlossen. 2. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die Mitglied der Komm. Partei oder einer ihrer Unterorganisationen sind, erhalten mit sofortiger Wirkung keine Unterstützung mehr.“ Der Vorsitzende erklärte, daß er diesen Dringlichkeitsantrag für ungelegt halte und deshalb nicht zur Abstimmung zulasse. Die Mehrheit trat dieser Auffassung bei und beschloß den Uebergang zur Tagesordnung. Die geforderte Zulässigkeit dieses Antrags soll geprüft werden.

**Lauffen a. N., 7. März.** Handgranatensfund. Sonntag vormittag wurde auf dem Bahnhofsvorplatz eine Handgranate gefunden. Die hiesige Polizei hat nähere Nachforschungen über die Herkunft angezettelt.

**Gaildorf, 7. März.** Hochwasser. Infolge des Regens wässert die Lein starkes Hochwasser, das sich über die anliegenden Wiesen wälzt.

**Neuenhaus N. Nürtingen, 7. März.** Zum zweiten Male nicht bestätigt. Wie mitgeteilt wird, ist der frühere Ortsvorsteher Bäurle zum zweiten Male nicht bestätigt worden.

**Tübingen, 7. März.** Aufhebung des Vermessungsamts. Trotz aller entgegenstehenden Anträge der beteiligten Beamten beharrt der Bezirksrat auf seinem in Vollmacht der Amtsvorstellung gefassten Beschlusse, das Vermessungsamt der Amtsvorsteherschaft auf den 31. März 1933 aufzuheben.

**Göppingen, 7. März.** Ein ganz Gescheiter. Der 52 Jahre alte Glaser Albert Stauch von hier, der früher einmal ein eigenes Geschäft hatte, mußte, durch wirtschaftliche Notlage gezwungen, Fürsorgeunterstützung in Anspruch nehmen. Diese war eines Tags abgelaufen, weshalb ihm das Fürsorgeamt nahelegte, wiederum einen neuen Antrag auf Verlängerung einzureichen. Auf die Frage nach seinem Einkommen und Vermögen gab er eine verneinende Antwort, setzte aber hinzu: „es sei denn, daß mir meine Frau ein etwaiges Vermögen verheimlicht.“ Bei Nachprüfung der Verhältnisse des Antragstellers ergab sich die überraschende Tatsache, daß Stauch von seiner schwerkranken Frau im Bezirkskrankenhaus Göppingen neben 335 Mark in bar noch eine Anweisung über 1000 Mk. ausgehändigt erhielt, die seinerzeit aus einem Hausverkauf gerettet worden waren. Das Verschweigen dieser Beträge brachte dem Glaser eine Anklage wegen versuchten Betrugs ein. Er machte geltend, daß er das Vorhandensein der Gelder wissenschaftlich nicht verheimlichen habe. Ausdrücklich sei von ihm dazu gesagt worden, daß es möglich sei, daß ihm seine Frau gegebenenfalls etwas verheimliche. Und das sei tatsächlich der Fall gewesen. Das Gericht konnte dieses Vorbringen nicht widerlegen und sprach ihn unter Uebernahme der Kosten auf den Staat frei, nicht ohne ihn vorwarnen zu haben, künftig solche Versuche zu unterlassen.

**Birenbach N. Göppingen, 7. März.** Einbruch im Rathaus. In der Nacht zum Samstag ist in das Rathaus in Birenbach eingebrochen worden. Dem Täter fiel ein Betrag von 12 Mark in die Hände. Eine Anzahl Krankenschein-Gebührenmarken hat der Einbrecher noch mitgenommen.

## Herabgesetzte Laden-Verkaufspreise für Persil:

**Doppel-Paket Persil 65 R.-Pfg.**  
**Normal-Paket Persil 35 R.-Pfg.**

\*  
**Persil bleibt unverändert in  
Güte und Vollkommenheit!**

Niemals lose, nur in der be-  
kannten Originalpackung!

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

P. 1310

**Oberkirchberg N. Laupheim, 7. März.** Brand. Raum sind 4 Wochen verfloßen, daß dem Landwirt Martin Beger die Scheune durch Feuer verbrannt wurde, als am Montagabend auch das Wohngebäude mit Stallung der verheerenden Flammen zum Opfer fiel. Von Einrichtungsgegenständen konnte fast nichts gerettet werden. Es soll sich, wie beim Scheunenbrand, wieder um Brandstiftung handeln.

**Blaubeuren, 7. März.** Brand. Am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr brannte das den Pfadfindern gehörende Häuschen beim Mehlgroßfeld an. Der Brand ist durch Ueberheizung des Ofens entstanden.

**Schelllingen N. Blaubeuren, 7. März.** Fäher Tod. Oberaufseher Gramlich erlag am Sonntag, nachdem er von der Erfüllung seiner Wahlpflicht nach Haus gekommen war, plötzlich einem Schlaganfall.

**Friedrichshafen, 7. März.** Einweihung des neuen Hafensbahnhofs. Heute vormittag 10.30 Uhr traf im reich geschmückten Stadtbahnhof ein Sonderzug aus Stuttgart ein, dem die Gäste der Reichsbahndirektion entfielen darunter Finanzminister Dr. Dehlinger, Landtagspräsident Mergenthaler, sonstige Vertreter der württembergischen Staatsregierung, Oberbürgermeister Lautenschlager, Stuttgart sowie Reichsbahnpräsident Dr. Siegel. Anschließend wurde der neue Hafensbahnhof feierlich eingeweiht.

Für die Eröffnung des Hafensbahnhofs wurden gestern die letzten Vorbereitungen zur Ausschmückung der großen Halle sowie zur Beflaggung des Vorplatzes in den Landesfarben der Bodenseestaaten und in den städtischen Farben getroffen. Im Lauf des Nachmittags wurde von uniformierten Mitgliedern der NSDAP. die Hakenkreuzfahne auf dem Bahnhofsturm gehißt. Nach Verwahrung durch die zuständigen Stellen und nach Rücksprache mit dem Leiter der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP. ist die Fahne alsbald wieder eingeholt worden.

**Pforzheim, 7. März.** Wegen Beschimpfung des Reichskanzlers verhaftet. Die Pforzheimer Polizei hat lt. Pforzheimer Anzeiger den Wirt vom „Hermannsteg“, August Rathfelder, festgenommen. Der Wirt des Lokals, in dem viele Kommunisten ein- und ausgehen, soll über den Reichskanzler Adolf Hitler verächtliche und beleidigende Äußerungen getan haben. In der Wirtschaft „Zum Hermannsteg“ wurde vor der Wahl von der Polizei auch eine Ueberschneiderei ausgehoben und in dieser zahlreiche kommunistische Werbefchriften beschlagnahmt.

**Aus Boden, 7. März.** Berufung an das Heidelberger Institut für Zeitungswesen. Der badische Minister des Kultus und Unterrichts hat den Redakteur Dr. Adler von der „Schlesischen Zeitung“ in Breslau als fachwissenschaftlichen Leiter an das Institut für Zeitungswesen in Heidelberg berufen. Dr. Adler wird seine Tätigkeit, mit der ein Verhaufrag für praktische Zeitungskunde verbunden ist, bereits im Sommersemester 1933 ausüben.

### Umflügelte Dienstaufträge

**Ernannt:** Das Vorstandsmittglied der Landesversicherungskasse Württemberg, Reg.-Rat Jori, zum D-Reg.-Rat d. Gr. 3 beim Vorstand der Landesversicherungskasse, Landrat Ostha, zum Amtsleiter in Kirchheim, zum Obergerichtsrat im Wirtschaftsministerium, Postdirektor Mehl in Tübingen zum Oberpostdirektor in Stuttgart, Bahnpostamt, Postmeister Bodzief in Bad Liebenzell zum Oberpostmeister in Künzelsau und Postinspektor Scholl in Heilbronn (Nedar) zum Postmeister in Neresheim.

**Uebertragen:** Das Forstamt Wildbad dem Oberförster Dr. Bulz in Schrozberg.

**Befördert:** Forstmeister Knapp in Ochsenhausen zum Forstmeister der Br. 3.

### Lokales

Wildbad, 8. März 1933.

**Fadenzug. — Flaggenhissung.** Die Ortsgruppe der NSDAP. veranstaltete gestern abend um 8 Uhr einen Fadenzug, der ursprünglich für Samstag abend vorgesehen war, aber wegen des niedergehenden Regens wieder abgesetzt wurde. Der Zug nahm seinen Weg über die Wilde Mann-Brücke — Wilhelmstraße zum Rathaus, wo Ausstellung genommen wurde. Nach vorheriger Verständigung des Gemeinderats durch eine Abordnung, der noch im Anschluß einer Gemeinderatsitzung in nichtöffentlicher Sitzung tagte, begab sich eine weitere Abordnung zum 3. Stockwerk und hischte das Hakenkreuzbanner, dem die alte Reichsflagge Schwarz-Weiß-Rot und die württembergische Flagge Schwarz-Rot beigegeben wurden. Nach der Hissung sang die Menge das Horst-Wessel-Lied, worauf sich der Zug unter dem Voranmarsch des Trommler- und Pfeifertorps durch die Wilhelmstraße wieder in Bewegung setzte. So wehrt

nun auf dem hiesigen Rathaus neben den Landesfarben auch die Flaggen der Nationalen Erhebung. Seit heute früh 8 Uhr ist auch auf dem König Karl-Bad und seit 10 Uhr auf der Wilhelmsschule das Halantkreuzbanner aufgezo-gen.

Hierzu wird uns von offizieller Seite noch geschrieben: Gestern Abend wurde auf dem Rathaus anschließend an einen Fackelzug der SS. der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP, die Halantkreuzfahne gehißt. Die Führung setzte den gerade tagenden Gemeinderat kurz davor in Kenntnis. Herr Dr. Weidner hatte zuvor schon die Fahne schwarzrotgold heruntergeholt. Heute morgen wiederholte sich der Vorgang auf den Badgebäuden und der Wilhelmsschule. Das Ganze ist Sinnbild dafür, daß der Nationalsozialismus, d. h. der Deutsche nationale Sozialismus auch in Wildbad seine Herrschaft angetreten hat und seine Ideen anmehrer mit stahlhartem Willen zum Wohle des ausgepreßten Volkes in die Tat umsetzen wird. Dabei ist uns jeder Volksgenosse, der in diesem Sinne am Aufbau mithelfen will, willkommen.

### Sitzung des Gemeinderats am Dienstag, den 7. März 1933.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder; außerdem 5 Zuhörer.

1. **Fürsorgefachen.** In Gegenwart der beiden Herren Geistlichen werden in nichtöffentlicher Sitzung Fürsorgeangelegenheiten erledigt. Die Sitzung war, wie vorgelesen, um 3 Uhr beendet.

2. **Hauptversammlung des Württ. Schwarzwalddereins am 20. und 21. Mai 1933.** Der Vorsitzende teilt mit, daß es der rührigen Ortsgruppe Wildbad des Württ. Schwarzwalddereins gelungen sei, die übliche jährliche Hauptversammlung heuer nach Wildbad zu bekommen. Es steht in Aussicht, daß etwa 700 Teilnehmer zu dieser Tagung erscheinen. Der Vorsitzende gibt seiner Freude Ausdruck, die mit ihm wohl die ganze Stadt teile, daß gleich zu Beginn der Kurzeit durch eine solche Veranstaltung etwas Leben und damit Verdienst in die Gemeinde komme. Die Ortsgruppe will gleichzeitig mit der Tagung eine wirkungsvolle Werbung für das Bad veranstalten, ist aber nicht in der Lage, die Kosten allein zu übernehmen. Sie ersucht deshalb in einer Eingabe an den Gemeinderat, neben der üblichen Errichtung von zwei Ehrenportalen, Preisermäßigung bei Benützung der Bergbahn, um Bewilligung eines einmaligen Beitrages zur Durchführung der beabsichtigten Veranstaltungen. Weiter bittet die Ortsgruppe um einen laufenden jährlichen Beitrag, der zur Aufstellung von Sitzbänken, Errichtung von Schutzhütten mit dienen soll; außerdem soll die Bezeichnung der Wege, die die Ortsgruppe bisher schon ausführte, weiter fortgeführt werden. Ueber die Bewilligung des laufenden Beitrages entstand eine Aussprache. Es wurde gewünscht, daß dieser Punkt bis zur Beratung des Voranschlags zurückgestellt werde; grundsätzlich sollten Zuschüsse an Vereine aus Steuermitteln vermieden werden. Von anderer Seite wurde auch eine Herabsetzung des einmaligen Beitrags zu der Veranstaltung beantragt. Nach der Aussprache, in der durchweg das Stattfinden der Tagung begrüßt wird, wurden die Vorschläge des Vorsitzenden mit 9 gegen 4 Stimmen (Bott, Gall, Waidelich, Willig) angenommen. Nach diesem Beschluß werden zwei Ehrenportale (Bahnhof und Bergbahn) in der bisher üblichen Form errichtet; die durch Tagungszeichen kenntlich gemachten Teilnehmer der Tagung erhalten bei Benützung der Bergbahn 50 v. H. Fahrpreisermäßigung; ferner erhält die Ortsgruppe einen einmaligen Beitrag zur Durchführung der Veranstaltungen von 80 M. und einen jährlichen laufenden Beitrag von 50 M., der zu obengenannten Arbeiten Verwendung finden muß. Stadtrat Bott gibt eine Erklärung ab, wonach ihr ablehnender Standpunkt nur der Höhe des Beitrages galt, den sie von 80 auf 50 M. herabgesetzt wissen wollten.

3. **Sängerbundstagung am 27. und 28. Mai 1933.** Mit etwa 1000 Teilnehmern, vielleicht noch mehr, rechnet man bei der jährlichen Mitgliederversammlung des Schwäbischen Sängerbundes. Der Vorsitzende sprach dem „Liederkrantz“ Dank aus, daß es ihm gelungen ist, diese Tagung hierher zu bekommen. Der Verein ersucht ebenfalls in einer Eingabe um Errichtung von Ehrenportalen, Ueberlassung der Turn- und Festhalle zum Begrüßungsabend am 27. Mai und Schmückung derselben; ferner um eine Preisermäßigung von 50 v. H. bei Benützung der Bergbahn und um einen finanziellen Beitrag zur Durchführung der Veranstaltung. Stadtrat Klotz dankte dem Vorsitzenden für die schönen Worte, die dieser für den „Liederkrantz“ gefunden habe und hob hervor, daß der Verein sich jederzeit der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. Weiter legte der Redner die Beweggründe dar, die den „Liederkrantz“ bewogen haben, den Gemeinderat um Bewilligung eines Beitrags zu ersuchen. Stadtrat Pfau unterstützt die Worte seines Vorredners und möchte den Dank, den der Vorsitzende dem „Liederkrantz“ aussprach, auf die Herren Oberbürgermeister Sacke (Heidenheim) und Wilhelm Fahr-bach, hier, ausdehnen. Beide Herren haben sich bei den entscheidenden Besprechungen um die Abhaltung der Tagung in Wildbad sehr verdient gemacht. Mit 9 gegen 4 Stimmen (Bott, Gall, Waidelich, Willig) wird sodann beschlossen, dem Gesuch des „Liederkrantz“ zu entsprechen und einen Betrag von 300 Mark dem Verein zur Durchführung der Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Auch hier waren die ablehnenden Stadträte nur gegen die Höhe des Beitrages; in der Aussprache hatten sie einen Betrag von 200 bis 250 Mark beantragt.

4. **Werbung für Wildbad 1933.** In der nächsten Zeit findet die entscheidende Badbesichtigung statt, die sich aus Vertretern der Bad- und Stadtverwaltung, des Gemeinderats, der Hoteliers und sonstigen Kurinteressenten zusammensetzt. In dieser Sitzung wird darüber beraten und beschlossen in welchem Umfang und in welcher Art die Werbung für das Bad im Jahre 1933 gehandhabt werden soll. Der Gemeinderat mußte sich deshalb über die Höhe des Beitrages, den er für Werbung in den Etat einstellen will, schlüssig werden. Der Vorsitzende führte aus, daß er über den Wert der Werbung keine Worte zu verlieren brauche. Es sei festzustellen, daß Anfragen von Kurgästen erst dann hier einlaufen, wenn mit der Werbung in Form von Inseraten in den vornehmsten Zeitungen und Zeitschriften begonnen werden und ebenso schnell aufhören, wenn die Werbung eingestellt werde. Der Betrag für die Werbung soll heuer von 38 500 Mark auf 35 000 Mark herabgesetzt werden, einschließlich der 4000 Mark für den Kurverein. Stadtrat Fritzelmaier und Stadtrat Stephan heben die Bedeutung der Werbung für das Bad hervor; gerade in der heutigen Zeit müsse man da eher mehr als zu wenig tun. Stadtrat Willig kann nur dann seine Zustimmung geben, wenn er die Zusicherung erhält, daß das Personal für die Hotels usw. möglichst aus der Wildbader Bevölkerung entnommen wird. Der Vorsitzende pflichtet dem Vorredner zu und erklärt, er möchte an dieser Stelle an die Hotels, Gasthöfe usw.

die Bitte richten, nur einheimisches Personal einzustellen, nicht zuletzt zur Entlastung der Fürsorgekosten. Stadtrat Fritzsche verspricht, seinen Einfluß in Kollegentreisen in dieser Hinsicht geltend zu machen. Stadtrat Hugel und Stadtrat Waidelich erklären als beste und wirksamste Werbung für das Bad: Senkung der Kurtagel und der Badbesuchpreise und beantragen, den Betrag für die Werbung auf 30 000 Mark zu senken. Bei der Abstimmung wird mit 11 gegen 4 Stimmen (Bott, Gall, Hugel und Waidelich) beschlossen, die Werbung für das Bad wie im Vorjahre durchzuführen und den Betrag hierfür von 38 500 Mark auf 35 000 Mark herabzusetzen.

5. **Neuwahl des Frauen-Ortschulrats.** Durch Zuruf werden die bisherigen Mitglieder des Frauen-Ortschulrats wiedergewählt. Es sind dies Frau Kaufmann Kappelmann, Frau Apotheker Stephan und die Herren Rektor Dengler und Oberstassenvorsteher Weber.

6. **Sonstiges.** Der Vorsitzende teilt dem Gemeinderat mit, daß vom Oberamt der **Voranschlag genehmigt** und als ausgeglichen anerkannt wurde. Die Bürgerneuzugung kann nunmehr ausbezahlt werden. — Laut Vollzugsverordnung zur Gemeindeordnung wird das Taggeld in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern in den Sitzungen auf 6 Mark, außerhalb der Sitzungen auf 7 Mark festgesetzt. Vom Gemeinderat wird beschlossen, neben diesem Taggeld ein Weg-geld von 20 Pfennig für den Kilometer festzusetzen, wenn der Dienst zwei Kilometer über den Ort hinausführt. Stadtrat Hugel führte bei diesem Punkte aus, daß, wenn schon bei Festsetzung der Taggelde die Verhältnisse eines Landstädtchens maßgebend seien, dies auch bei den Gehältern der Beamten der Fall sein müsse und fordert deshalb Senkung der Gehälter. Er wird aber vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß diese schon erfolgt sei und eine weitere Senkung nur durch Besetz vor sich gehen könne. — Ueber die Festsetzung des Grundstücksfoll wird vom Gemeinderat Beschluß gefaßt und Vorlagen an das Oberamt beschlossen. — Nach einer weiteren verwaltungstechnischen Angelegenheit erklärt der Vorsitzende die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung für erschöpft. — Eine Anregung von Stadtrat Waidelich betr. Abgabe von Wildbader Sprudel an die Erwerbslosen zum Selbstkostenpreis wird der Vorsitzende weiterleiten. Stadtrat Gall fragt wegen Auszahlung der Bürgerneuzugung und erhält eine befriedigende Antwort.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5 Uhr, eine nichtöffentliche schließt sich an.

**Zur Beachtung!** Zu den Abstimmungsverhältnissen bei den einzelnen Punkten der Tagesordnung sei darauf hingewiesen, daß zu Beginn der Sitzung 13 Stadträte anwesend waren, die sich später auf 15 erhöhte. Die Schriftleitung.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Feststellungen zum Mord an Polizeihauptmann Anlauf.** Wie der „Angriff“ berichtet, hat man an Hand des im Karl-Liebknecht-Haus gefundenen kommunistischen Materials überraschende Entdeckungen über die am Tag des Stahlhelmsvolksfestes 1931 erfolgte Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Vent gemacht. Es wurde ein stark vergrößertes Bild aufgefunden, in dem der Kopf des Polizeihauptmanns Anlauf mit Rot-

stift angezeichnet war. Gleichzeitig fand man Material, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß von kommunistischer Seite diese Morde sorgfältig vorbereitet und organisiert worden waren.

Der zweistündige Streik der österreichischen Eisenbahnen am 1. März hat den Bundesbahnen einen Einnahmehausfall von 300 000 Schilling verursacht.

Refordhöhe eines polnischen Militärbalons. Dem polnischen Militärballoon Polonia, der mit zwei Offizieren besetzt war, ist es gelungen, die Höhe von fast 10 000 Meter zu erreichen. Der Ballon war in der Nähe von Warschau aufgestiegen und ist bei Petrikau platt niedergegangen. Das Thermometer zeigte eine Mindesttemperatur von 59 Grad unter Null.

**Filmexplosion.** In der chemischen Fabrik in Teroueren (Belgien) sind 15 000 Kg. Filmmaterial in Flammen aufgegangen. Bei der Explosion wurden vier Personen getötet, eine schwer verletzt.

**Schiffbruch.** Der englische Dampfer „Antung“ ist auf der Höhe der Landspitze von Mosu (China) gekentert. Das Schiff gilt als verloren. 286 Reisende und 50 Mann der Besatzung sind von dem Dampfer „Anhui“ an Bord genommen worden. 114 Reisende und 53 Besatzungsmitglieder der „Antung“ haben sich in Rettungsboote begeben. Der Aviso „Jollstone“ ist auf der Suche nach diesen Booten.

### Märkte

Stuttgarter Schlachtwiehmärkte, 7. März. Dem Dienstmärkte am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 31 Ochsen (unverkäuflich), 47 Bullen, 211 (3) Jungbullen, 346 (3) Kühe, 402 (40) Kinder, 1354 (10) Kälber, 1685 (30) Schweine, 7 Schafe.

Ochsen:	7. 3.	2. 3.	Kühe:	7. 3.	2. 3.
ausgemästet	25-28	—	fleischig	12-14	—
vollefleischig	22-24	—	gering gemästet	9-11	—
fleischig	18-20	—	Kälber:		
ger. gem.	—	—	feinste Maß- und beste Saughäler	39-43	39-42
			mittl. Maß- und gute Saughäler	35-38	35-38
			geringe Kälber	30-33	30-34
<b>Bullen:</b>			<b>Schweine:</b>		
ausgemästet	24-25	—	über 300 Pfd.	43	—
vollefleischig	22-24	—	240-300 Pfd.	42-45	38-39
fleischig	20-21	—	200-240 Pfd.	41-42	36-38
			150-200 Pfd.	38-40	35-36
			120-180 Pfd.	36-38	32-34
			unter 120 Pfd.	36-38	32-34
<b>Kinder:</b>			<b>Sonnen:</b>		
ausgemästet	30-31	—			
vollefleischig	28-29	—			
fleischig	21-24	—			
gering gemästet	—	—			
<b>Kühe:</b>					
ausgemästet	22-24	—			
vollefleischig	16-19	—			

Ulmer Schlachtwiehmärkte, 7. März. Zutrieb: 6 Ochsen, 19 Färren, 11 Kühe, 14 Kinder, 186 Kälber, 281 Schweine. Preise: Ochsen a 24-25, Färren a 20-21, b 17-19, Kühe a 12-15, Kinder a 24-26, b 21-23, Kälber a 35-38, b 31-35, Schweine a 36-38, b 35-37 M. Marktverlauf: Großvieh und Schweine langsam, Kälber mäßig belebt.

Pforzheimer Schlachtwiehmärkte, 7. März. Zutrieb: 5 Ochsen, 5 Kühe, 43 Kinder, 23 Färren, 41 Kälber, 2 Schafe, 379 Schweine. Preise: Ochsen a 26-28, b 23-25, Färren a 25, b und c 24-22, Kühe a 22, b und c 18-12, Kinder a 29-31, b 25-27, Kälber b 38-41, c 34-37, Schweine b 42-43, c 40-42 M. Marktverlauf: Mäßig belebt.

**3-4-Zimmer-Wohnung**  
mit Zubehör  
per 1. April zu vermieten.  
Auskunft erteilt die Tagblatt-geschäftsstelle

**Frische Seefische**  
wieder billig  
Kablau im Aufsch. Pfd. 23 3/4  
Filet ohne Knochen 36 3/4  
Bücklinge, Lachsheringe  
Echte Kieler Sprotten 1/4 Pfd. 15 3/4  
Bismarckheringe, Rollmops in 1 Str.-Dose nur 58 3/4

**Obst erhält gesund**  
Goldgelbe Bananen 2 Pfd. 75 3/4  
Saftige zuckerreiche Orangen 2 Pfd. 35 3/4  
Saftige Blut-Orangen 2 Pfd. 45 3/4  
Kranz-Feigen 2 Kränze 25 3/4  
Knoblauchzwiebeln 6 Stück 25 3/4  
Zwiebeln 3 Pfd. 25 3/4

ff. Milchobst Pfd. 38 3/4  
Prima Zwetschgen „ 25 3/4  
la. Aprikosen, große Früchte Pfd. 60 3/4  
Dampf-Äpfel „ 60 3/4  
Hierzu unsere bekannt guten Eier-Maccaroni  
Eier-Schnitt-Nudeln Pfd. 45 3/4  
Hartgries-Maccaroni  
Hartgries-Schnitt-Nudeln  
Hartgries-Hörnle Pfd. 35 3/4

Frische Tee-Butter  
I. Qualität Pfd. 1.30  
Sammeln Sie unsere Oster-Gutscheine  
**5% Rabatt!**

**LUGER**

Sproffenhaus, 8. März 1933.  
**Todes-Anzeige.**  
Nach langem schweren Leiden starb heute früh unsere liebe Gattin und Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Emma Klössinger**  
geb. Seyfried  
im Alter von 31 Jahren, wovon wir teilnehmende Verwandte, Freunde und Bekannte in Kenntnis setzen.  
In tiefer Trauer:  
**Der Gatte: Gustav Klössinger**  
mit Sohn Alfred.  
Beerdigung Freitag nachmittag 3 Uhr.

**3-Zimmer-Wohnung**  
auf 1. April zu mieten gesucht.  
Schriftliche Angebote mit Preis unter W. H. 55 an die Tagblattgeschäftsstelle.

**Berein für das Deutschtum im Ausland**  
Ortsgruppe Wildbad.  
Wir laden unsere Mitglieder und alle Freunde unserer Bestrebungen zu dem am  
**Donnerstag, 9. März 1933, abends 8 Uhr**  
im Saale des Hotels zur Post stattfindenden  
**Lichtbildervortrag**  
von Herrn Direktor Hlawna aus Salzburg herzlich ein.  
Eintritt frei! Eintritt frei!  
Der Vorstand: J. A. Dengler.

**Frische Fische**  
treffen heute ein  
Seelachs Pfd. 20 3/4  
Fischfilet - Kablau  
Schellfisch  
**Frische Bücklinge**  
Pfd. 18 3/4  
Von heute bis Samstag  
**Ausnahmepreis**  
1/2 Pfd. Schweinskopf  
1/2 Pfd. Gölze  
1 Salzgurke **50 3/4**  
aufammen nur  
Hartgries-Nudeln u.  
Maccaroni **35 3/4**  
leicht gefärbt  
Eier-Nudeln und  
Maccaroni **38 3/4**  
Garten-Sämereien  
eingetroffen  
Unsere  
Osterspartarte  
bringt besondere  
Vorteile  
**Pfannkuch**